

Hamburger Bürger-Genossenschaft übernimmt Verantwortung für die Energiewende

„Was dem einzelnen nicht möglich ist, das vermögen viele.“ Die zeitlos aktuelle Idee vom kooperativen Wirtschaften des Sozialreformers Friedrich Wilhelm Raiffeisen, dem Gründervater der Genossenschaftsbewegung, erlebt im Zuge der Energiewende eine neue Blüte: Immer mehr Menschen beteiligen sich an Bürgerenergiegenossenschaften.

Ihnen geht es um Gemeinsinn, gesellschaftliche Teilhabe und vor allem darum, den Umbau der Energieversorgung im Zuge der Debatte um Atomausstieg, Klimaschutz und Dezentralität aktiv mit zu gestalten. Mehr als 500 Energiegenossenschaften sind in den letzten drei Jahren bundesweit entstanden. Die meisten davon investieren vor allem in die Erzeugung von regenerativem Strom aus Wind, Wasser oder Sonnenkraft. Einige wollen jedoch einen Schritt weiter gehen und die örtlichen Energieverteilnetze nach der Privatisierungswelle in den Neunjah-

ren wieder in Bürgerhand bringen. Ihr Ziel ist es, die Netzübernahme anzustoßen und mit zu finanzieren oder über eine Beteiligung an kommunalen Stadtwerken Einfluss auf das operative Geschäft zu nehmen. Auf dem Spielfeld von Marktmacht und Rendite geht es den Genossen nicht um Gewinnmaximierung, sondern um Gemeinwohlorientierung und Mitsprache. Stromkunden werden von Abnehmern und Zuschauern zu Miteigentümern und Mitgestaltern.

Was treibt die vielen Menschen in Hamburg und in ganz Deutschland an, sich zunehmend auch genossenschaftlich für die Rückführung der privatisierten Energienetze in die öffentliche Hand und in Bürgerhand zu engagieren?

Eine Antwort findet man zum Beispiel im Abschlussbericht der Ethikkommission von Prof. Klaus Töpfer vom Mai 2011, die nach der Fukushima-Katastrophe Empfehlungen ausarbeitete für das „Gemeinschaftswerk Energiewende“:

„In Städten, Gemeinden und Unternehmen kommt es auf eigene Entscheidungen an, ob der [Atom-] Ausstiegszeitraum erfolgreich verkürzt werden kann und ob der Ausstieg und die Energiewende erfolgreich gemeistert werden können. Bürgerdialoge und -foren sind geeignete Instrumente, um Entscheidungen zur Energiewende auf allen Ebenen voranzutrei-

samtgesellschaftliche Diskurs über die Energiewende weitergeführt werden, um die Motivation der Bürgerinnen und Bürger auch dann noch aufrechtzuerhalten, wenn die Erinnerungen an den Unfall in Fukushima verblasen.“

Hier setzen parteiübergreifende, offene Diskussionsforen an wie z.B. der „Arbeitskreis Politik in Hamburg zur Energiewende“ (www.Energiewende-Hamburg.de), der zu einem „Hamburger Bürgerforum Energiewende“ ausgebaut werden könnte. Einen ähnlichen Ausgangspunkt hat das Verbände-Forum „Energiebeirat Hamburg“, das von der Bürgerschaft am 18.4.2012 beschlossen worden ist (Drs. 20/3883), aber bis heute nicht die Arbeit aufgenommen hat. Die Ethik-Kommission fordert deutlich mehr Engagement seitens der etablierten Politik und Verwaltungen:

„Neue Betreibermodelle wie Genossenschaften oder die Möglichkeit, Eigentumsrechte an Erlösen zu erwerben, sind dabei ebenso einzuführen wie direkte Formen der Beteiligung, etwa durch Bürgerforen, Runde Tische und Zukunftswerkstätten.“

Hier setzt die EnergieNetz Hamburg eG an und bietet der Stadt ein Lösungsangebot in mehrfacher Hinsicht an: Gemeinsame Finanzierung des Netzurückkaufs, Einbindung der interessierten Bevölkerung und gemeinsame Verantwortung für einen zukünftigen „Hamburger Energiefrieden“!

Die EnergieNetz Hamburg eG ist für jede Beteiligungslösung offen, die ohne die großen Energieversorger auskommt und sich zu 100% den ökologischen Zielen der Energiewende verpflichtet.

Matthias Ederhof,
www.energienetz-hamburg.de

Energienetze in Bürgerhand:

Wir kaufen unser Stromnetz!

„Noch mal 20 Jahre Atomkonzern – Nein! Danke!“

„Ich möchte die Energiewende mitgestalten.“

„Ich kauf mir einen Anteil!“

ben.“

„Die Ethik-

Kommission

sieht den schrittweisen

Ausstieg aus der Nutzung

der Kernenergie als eine

außerordentliche Herausforderung

für alle Beteiligten und zugleich als

Quelle von neuen Chancen für das

Mitwirken der Bürger bei dezentralen

Entscheidungen.“

„Je stärker die Energiepolitik auf das

dezentrale Mitmachen und die eigene

Entscheidung der Bürger setzt, desto

eher stellt sich ein Konsens über die

Energiewende ein.“

„Darüber hinaus sollte der ge-